

Infrastrukturen und Netzwerke zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Thesen zum „Dialogforum 1: Infrastruktur: Engagementangebote und Engagementförderung in Bund, Ländern und Kommunen“ des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ am 27. April 2009 in Berlin

1. Bundesweite Modellprojekte und neue gesetzliche Regelungen fördern das bürgerschaftliche Engagement und haben zugleich unbeabsichtigte Folgewirkungen.

Mit Modellprojekten wie den Mehrgenerationenhäusern, den generationsübergreifenden Freiwilligendiensten und dem Freiwilligendienst aller Generationen übernimmt die Bundesregierung unter Beteiligung verschiedener Ministerien eine wichtige Rolle bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Im Pflegeweiterentwicklungsgesetz wird der Einbezug engagierter Bürger-/innen in der Pflege forciert und ein finanzieller Anreiz geschaffen, um Engagement zu generieren. Bürgerschaftliches Engagement erhält damit eine neue Rolle in Kernbereichen der sozialen Daseinsvorsorge, und es wird zugleich ein neuer Akzent in der Wohlfahrtsproduktion gesetzt.

Die Art und Weise, wie diese Maßnahmen zustande gekommen und wie sie ausgestaltet sind, haben allerdings auch ambivalente Folgewirkungen: Die übliche Top-down-Strategie von Bundesmodellprojekten vernachlässigt die kommunale Ebene und die lokalen Gegebenheiten: Vor Ort entstehen neue Konkurrenzen zu vorhandenen funktionsfähigen Strukturen. Den Kommunen werden neue Aufgaben übertragen, ohne dass die Finanzierung nach Auslaufen der Modellphase geklärt ist. Die starke Rolle der Pflegekassen im Pflegeweiterentwicklungsgesetz erschwert den Aufbau engagementförderlicher Strukturen. Pflegereform und Freiwilligendienste könnten Monetarisierungstendenzen im Engagement verstärken.

2. In den Kommunen ist eine vielfältige ‚Landschaft‘ engagementfördernder Infrastrukturen und Einrichtungen entstanden.

In vielen Kommunen besteht heute eine ausdifferenzierte ‚Landschaft‘ von engagementfördernden Infrastrukturen, die zum Teil durch Bundesinitiativen angeregt worden sind. Neben der klassischen Vereinsförderung sind vielfältige Einrichtungen einer modernen lokalen Engagementförderung entstanden. Dazu gehören Freiwilligenagenturen und –zentren, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Anlaufstellen zur Koordination bürgerschaftlichen Engagements in der Kommunalverwaltung, Bürgerstiftungen, Mehrgenerationenhäuser und Lokale Bündnisse für Familie. Hinzu kommen in einem Teil der Kommunen Stadtteilbüros des Soziale Stadt-Programms, Lokale Agenda-21-Initiativen, Nachbarschaftshäuser, soziokulturelle Zentren, Angebote im Pflegebereich etc.

Die Einrichtungen und Zusammenschlüsse unterscheiden sich in ihrer Entstehungsgeschichte, in ihren Zielsetzungen und Zielgruppen, in ihren Finanzierungsmodi und in ihrem Engagementverständnis. Gemeinsam ist ihnen aber, dass sie auf zivilgesellschaftliche Strukturen angewiesen und sektorübergreifend tätig sind und dabei auf bürgerschaftliches Engagement setzen.

3. Die engagementfördernden Einrichtungen repräsentieren einen neuen Typus von Organisation.

Die Arbeitsweise, die Organisationsform und die Finanzierungsmodalitäten deuten darauf hin, dass sich mit den engagementfördernden Einrichtungen ein neuer Organisationstypus herausbildet. Zumindest ein Teil der Einrichtungen zeichnet sich durch sektorübergreifende Kooperationen aus: Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen organisieren gemeinsam mit Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen Freiwilligentage und Marktplätze. Mehrgenerationenhäuser bieten mit Angeboten zur Kinderbetreuung und mit ihrem Cafébetrieb Dienstleistungen für Unternehmen an. In Lokalen Bündnissen für Familie kooperieren Politik, Verwaltung, Akteure der Arbeitswelt und freie Träger, um die Lebensqualität für Familien zu verbessern.

Die Infrastruktureinrichtungen werden dabei zu Mittlerorganisationen, die Akteure aus verschiedenen Sektoren zusammen bringen, die zwischen den unterschiedlichen sozialen Welten vermitteln und dabei neue Kooperationen stiften.

4. Viele Einrichtungen lokaler Engagementförderung sind allerdings finanziell nur unzureichend abgesichert und befinden sich in einem prekären Status.

Ein großer Teil der eigenständigen Einrichtungen arbeitet auf der Grundlage einer zumeist bescheidenen öffentlichen Förderung (Kommunen, Modellprojekte) und zusätzlichen Mitteln für akquirierte Projekte, erbrachte Dienstleistungen sowie Spenden- und Sponsoringmittel. Dabei haben einige Einrichtungen durchaus kreative Finanzierungsmodelle entwickelt. Insgesamt befinden sich viele der eigenständigen Einrichtungen aber in einer finanziell prekären Situation, die sich beim Auslaufen von Bundesmodellprojekten und durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise verschärfen wird.

5. Um Infrastrukturen zur Engagementförderung zu erhalten und weiter zu entwickeln, sind neue Fördermodalitäten und Kooperationsmodelle notwendig.

Die Förderung bürgerschaftliches Engagements ist auf (professionelle) Infrastrukturen und Einrichtungen auf allen drei föderalen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, angewiesen. Auf Bundesebene geht es bislang um die Unterstützung der bundesweiten Zusammenschlüsse und Netzwerke. Den Bundesländern kommt eine wichtige Aufgabe bei der Förderung landesweiter Netzwerke, bei der Unterstützung zur Gründung neuer lokaler Infrastruktureinrichtungen sowie bei der Koordination landesweiter Aktivitäten zu. Eine zentrale Rolle für die lokale Engagementförderung spielen die Kommunen, die diesen Part bislang aber sehr unterschiedlich wahrnehmen. Ich sehe derzeit folgende

Herausforderungen, um die infrastrukturelle Förderung bürgerschaftlichen Engagement zu sichern und auszubauen:

- Eine systematisch und breit angelegte Engagementförderung erfordert eine *stärkere Kooperation und Absprachen zwischen Bund, Ländern und Kommunen*.
- Bei bundespolitischen Initiativen zur Engagementförderung müssen die *Kommunen* in Zukunft sehr viel stärker *beteiligt* werden.
- Angesichts der prekären Finanzsituation vieler Kommunen braucht es Überlegungen, *wie Bund und Länder die engagementfördernde Infrastruktur auf lokaler Ebene stärken können*. Eine bundes- und landespolitische Unterstützung muss allerdings so gestaltet sein, dass sie den Gegebenheiten vor Ort Rechnung trägt und Vielfalt ermöglicht (keine standardisierten Instrumente!). Zielsetzung sollte sein, die Kommunen – in Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren – in die Lage zu versetzen, *ihre eigene engagementpolitische Agenda zu entwickeln und umzusetzen*.
- *Engagementförderung braucht starke Kommunen!* Damit die Städte und Gemeinden eine ermöglichende, stützende und moderierende Rolle wahrnehmen können, setzt voraus, dass sie dazu finanziell und personell in der Lage sind (Umsetzung des Konnexitätsprinzips).

6. Die Sicherung und der Ausbau engagementfördernder Infrastrukturen stellt neue Anforderungen an die entsprechenden Einrichtungen und Zusammenhänge.

Angesichts der Vielfalt engagementfördernder Einrichtungen sind neue Kooperationsmodelle gefragt, bei denen die verschiedenen Akteure unter dem ‚Dach‘ der Förderung von Bürgerengagement und –beteiligung zusammen arbeiten. Dabei geht es *nicht* um ein Einheitsmodell, sondern um neue Kooperations- und Netzwerkstrukturen, in denen mit dem Fokus auf eine entfaltete lokale Engagementförderung gemeinsam neue Formen bürgerschaftlicher Teilhabe entwickelt werden.

Bei der finanziellen Unterstützung engagementfördernder Infrastrukturen geht es *keineswegs* um eine öffentliche Vollfinanzierung. Bereits heute haben viele Einrichtungen kreative Modelle von Mischfinanzierungen und Einkünften aus erbrachten Dienstleistungen entwickelt, die unbedingt auszubauen sind. Dies kann allerdings bislang eine zumindest grundständige öffentliche Finanzierung nicht ersetzen.